



Volker Jentsch
Zum Koalitionsvertrag der neuen Regierung

© 2021 Volker Jentsch
Das Titelbild zeigt d'Artignan und die drei Musketiere, in der von Fritzli Kölliker
modifizierten Illustration von 1894.

Zum Koalitionsvertrag der neuen Regierung

Volker Jentsch

Dezember 2021

1 Das Offensichtliche

Mehr Fortschritt wagen, ist der Slogan der Koalition. Er weckt, wie beabsichtigt, bei mir (als Älterem der Einwohnerschaft) Erinnerungen an 1969, als Willy Brandt mit rauer Stimme *mehr Demokratie wagen* ankündigte. Brandt war verheißungsvoll, irgendwie mitreißend. Wir glaubten daran, und waren enttäuscht, dass er sein Versprechen nicht wirklich einlösen konnte. Wie es wohl diesmal sein wird?

Diesmal war Mittwoch, der 25.11.2021. Die Speerspitzen der drei Parteien schritten mit unübersehbar männlichem Überschuss die Straße ab, um der wartenden Presse, sichtlich stolz, ihren Beschluss bekannt zu geben. Es hatte sich gefunden, was (offizieller Verlautbarungen zum Trotz) schon seit langem zusammengehört. Unter Führung der vier Musketiere Scholz, Lindner, Habeck und Baerbock will die Ampel mehr als vier Jahre regieren.

Die Verlautbarungen der Führungsriege gerieten eher knapp. Im Gedächtnis geblieben ist mir die Laudatio des designierten Finanzministers. Lindner hatte statt der beliebten *Leitplanke* ein *inneres Gelände* im zukünftigen Kanzler ausgemacht. Als bewährtes Mittel, um etwaige Kursabweichungen zu verhindern. Aber ist das überhaupt vorstellbar? Dass Kanzler Scholz, der mit allen Wassern gewaschene, der in jahrzehntelangen Machtkämpfen gestählte, in Verantwortung gereifte, von der Ex-Kanzlerin trainierte und inspirierte, ein Gelände je wird nutzen müssen? Das falsche Wort sagt? An falscher Stelle in Gelächter ausbricht? Sich mit fremden Federn schmückt? Seine Integrität beschädigt, seine Aufsichtspflicht vernachlässigt?

Die Grundlage des zukünftigen Regierungsgeschäftes ist der Koalitionsvertrag (KV). Manches klingt gut, dem könnte ich sofort zustimmen. Aber vieles erscheint mir unvollständig, perspektivlos, dem ständig beschworenen Aufbruch gerade entgegengesetzt. Erstaunlicherweise sind die Medien darüber hinweggegangen, haben die fehlenden oder problematischen Stellen nicht einmal bemerkt. Höchste Zeit, sich damit auseinanderzusetzen.

Im KV gibt es fünf dominierende Begriffe. Ganz vorne steht Digitalisierung. Zusammen mit digitalisieren wird er (laut Adobe Acrobat) 112 mal aufgeru-

fen (Künstliche Intelligenz, der Renner im KV von 2017, dagegen nur viermal). Die Wahrscheinlichkeit, beim Blättern im KV auf diesen Begriff zu stoßen, ist folglich 64% (Gleichverteilung vorausgesetzt). Angesichts dieser Bedeutung wäre eine zündende Definition des Wortes angezeigt. Das ist nicht einfach, weil Digitalisierung so vielschichtig ist. Auf fünf Seiten wird im KV versucht, ihrem technischen Aspekt näherzukommen. Wenn dieser auch zugegebenermaßen der dominierende ist, so ist es umso wichtiger, den damit verbundenen gesellschaftlichen Komplex nicht zu vernachlässigen. Wie lebt und interagiert eine digitalisierte Gesellschaft? Welche Veränderungen sind zu berücksichtigen? Welches Konfliktpotential gilt es abzufedern? Wenn Kommunikation (im weitesten Sinn) nur noch mittels elektronischer Medien möglich sein wird, wenn Menschen gesteuerte Prozesse von Automaten abgelöst werden, wenn Merkmale, Muster und Strukturen gesellschaftlichen Lebens über big data analysiert und dirigiert werden. Die Folge: Gesellschaften werden zu Anpassungen gezwungen, deren Bedeutung mit jenen vergleichbar ist, die wegen veränderter Klimate erforderlich werden. Diese Aspekte hätte ich gerne gleichwertig im Abschnitt *Digitale Gesellschaft* adressiert gesehen.

Erwartungsgemäß habe ich an zweiter Stelle das Wort *Klima* gefunden. Es begegnet uns auch als Klimaschutz, Klimaziele, Klimakrise, sogar als Klimaneutralität. Zusammen werden 87 Nennungen gezählt. Überrascht war ich vom häufigen Gebrauch des Wortes *Transparenz* (und entsprechender Derivate). Es kommt 36-mal vor. Der KV verspricht Transparenz auf vielen Ebenen. Aber meist begleitet mit dem vielsagenden Wörtchen mehr. Was einerseits suggeriert, als sei Transparenz weitgehend realisiert, andererseits aber klarstellt, dass komplette Transparenz nicht in Frage kommt. Allerdings: Auf Seite 11 wird sogar ein *Bundestransparenzgesetz* versprochen, in dem der „Fußabdruck“ der Akteure, Lobbyisten etc. dargestellt werden soll. Das gefällt mir. Aber Skepsis ist angebracht. Transparenz wurde ungezählte Male versprochen, aber nie, auch nicht näherungsweise, realisiert. Beredtes Zeugnis sind diverse Untersuchungsausschüsse, die mangels verweigerter Aufklärung ohne Ergebnis blieben. Das Wort *Demokratie* wird 37-mal genannt, und *Bürokratie* bzw. bürokratisch bringt auf 24 Nennungen. Alles in allem spiegelt die Bevorzugung der fünf Begriffe recht genau das Vorhaben der Koalition. Sie will klimaneutral, digital, transparent, demokratisch und unbürokratisch regieren. Liberal sowieso, was sich besonders in der Reform des Familienrechts widerspiegelt. Mehr noch: Sie begreift sich als lernende und die Kultur des Respekts pflegende Koalition. Das wird jede und jeder begrüßen.

Anzumerken ist, dass es die Covid-Pandemie auf etwa 20-22 Nennungen bringt. Wie will die Koalition dieser beikommen? Geplant sind ein Krisenstab, ein Pandemierat, ein Bundesinstitut für Public Health, und ein bandwurmartiges Geschöpf, das sich *Gesundheitssicherstellungsgesetz* nennt. Mehr in die Tiefe gehende Aspekte werden nicht genannt (siehe weiter unten „Wissenschaft und Forschung“).

Gefallen hat mir das Versprechen, das Wahlrecht zu reformieren. Das ist drin-

gend nötig, waren doch etwa 10 Millionen Bürger (ohne deutschen Pass) bei der letzten Wahl vom Stimmrecht ausgeschlossen. Der Bundestag soll wieder kleiner werden – das spart Geld, und eine Begrenzung der Amtszeit des Kanzlers soll geprüft werden – zum Nutzen der Demokratie. Denn langes Regieren derselben Person war in Deutschland stets von Lähmung begleitet. Bravo für die beabsichtigte Öffnung der mit öffentlichen Mitteln erhobenen Daten!

Interessant auch, an welchen Stellen besonders eifrig gewerkelt wurde: im Abschnitt *Digitale Innovation* wird viel Kenntnis suggeriert (mittels nicht selbst-erklärender Abkürzungen aus dem digitalen Englischen), im Abschnitt *Kultur- und Medienpolitik* setzt man sich sehr kleinteilig für alle möglichen Änderungen ein, u.a. für die Wiederbelebung des Plattdeutschen, sogar für den Schallschutz bei Kulturveranstaltungen, vergisst aber die solchen Veranstaltungen innewohnende Klima und Umwelt belastende Lichtverschmutzung.

Man hat sich ja um (fast) alles gekümmert. Für gute Stimmung ist bei Anglern, natürlich auch Anglerinnen gesorgt: sie werden für ihren Artenschutz gelobt(!) Jäger und Jägerinnen gehen dagegen leer aus. Mehr Schiffe unter deutscher Flagge soll es geben; und bald wird sich eine Meeresbeauftragte (samt Mitarbeiterstab) über ihr neues Amt freuen.

Ich bin auf bemerkenswerte Begriffe gestoßen, die dem KV einen ganz eigenen Charakter verleihen. Es sind: *medienbruchfreie Digitalkompetenz; Aufgreifschwelle, soziale Aufwärtskonvergenz, Opt-Outs, Gender-Pay-Gap, Gender-Data-Gap, hybrid beschäftigte Kreative, Netzwerkdurchsetzungsgesetz*, Räume in verschiedener Ausstattung, wie Debatten- und Wahrscheinlichkeitsräume...Ach ja, zweimal fand ich sogar die *Lust auf Neues*. Eine Habeck Lust?

Betrachten wir die Angelegenheit genauer. Das geschieht in den folgenden fünf Topics.

2 Mehr Demokratie wagen

Die Demokratie aus ihrer unübersehbaren Erstarrung zu lösen, halte ich für eine unaufschiebbare Aufgabe. Auch für die Koalition ist das ein Thema. Demokratie soll *wehrhaft, pluralistisch, freiheitlich, stark, nachhaltig* u.a. sein, sie muss *bewahrt, geschützt, verteidigt* werden. Zur Demokratie gehört unabweisbar Gerechtigkeit und Gleichheit. Ja, auch dazu gibt es Assoziationen. Zum Beispiel als Chancengleichheit.

Aber zur Demokratie hätte ich mir sehr viel mehr gewünscht.

Denn eines der wichtigen Elemente der Demokratie ist das Prinzip der Repräsentation. Diese muss neu gedacht und gestaltet werden. Fühlen sich doch breite Kreise der Bevölkerung weder repräsentiert noch in ihren Wünschen und Absichten beachtet oder berücksichtigt. Bürger und Bürgerinnen verfügen über einen Fundus an Wissen, Kompetenz, Ungebundenheit, den die Regierung nutzen muss. Bürgerräte und Bürgerinitiativen müssen gehört und legitimiert werden, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen.

Die vierjährige Wahlperiode des Bundsparlaments, aus einer Liste vorgegebe-

ner Kandidaten, reicht nicht aus, um den Willen des Volker zu artikulieren. In diesen Zusammenhang gehören auch die oberste Gerichtsbarkeit und der Bundespräsident. Dieser sollte, ebenso wie die Richter und Richterinnen, vom Volk gewählt werden. Die Besetzung dieser höchsten Stellen im Land kann nicht allein den Parteien bzw. dem Parlament überlassen bleiben.

3 Wissenschaft und Forschung

Auf insgesamt fünf Seiten werden Forschung und Wissenschaft behandelt, die wie kein anderes Gebiet die Zukunft der Gesellschaft bestimmen. Das sind 2.8% des KV, was in etwa den 3.5% des BIP entspricht, das versprochen wird.

Doch was hätte man daraus machen können! Hier waren offenbar Bürokraten am Werk, nicht Forscher. Bekanntes und Bestehendes wird erneut aufgetischt. Man hätte ein Feuerwerk an Innovationen abbrennen können.

Hier sind zwei Vorschläge.

Erforschung des Extremen

in einem zu gründenden, bundeseigenen Institut. Extreme Ereignisse ¹ sind selten, meist lokal und regional begrenzt, mit großer, meist zerstörerischer Wirkung auf Natur und Gesellschaft. Sie können natürlichen oder anthropogenen Ursprungs sein. In diesem Institut würden unter Mitwirkung sehr vieler Disziplinen, angeführt durch die Universalwissenschaft Physik, Ereignisse aus verschiedenen Bereichen, wie z.B. Wetter, Finanzen, Gesundheit, Migration, Terrorismus, Kriege mittels Daten- und Prozess- getriebenen Modellen analysiert und antizipiert. Es würden die Mechanismen ihrer Entstehung erforscht, Strategien zu Vermeidung, Bewältigung und Anpassung entwickelt werden. Langfristig geht es darum, die Gesellschaft gegen Krisen globalen Ausmaßes zu „immunisieren“, ihre Widerstandskräfte zu trainieren.

Arbeitsbedingungen

Hier muss es, in Zusammenarbeit mit den Ländern, zu wirklichen Veränderungen kommen. Alle, die eine wissenschaftliche Karriere verfolgen, wissen um die ungleichen Beschäftigungsverhältnisse, wo die einen begünstigt, die anderen benachteiligt werden. Sie leiden unter dem hierarchischen und ausbeuterischen Charakter des Hochschul-Systems, den überbordenden, nicht bezahlten, bis in späte Nachtstunden gedehnte Dienstleistungen, der allzu oft unzulänglichen Betreuung der Doktorarbeiten. Im KV wird das Problem Zeitvertragspraxis erwähnt, zugleich aber mit schwachen Versprechen verdrängt. Im Grunde gehört das gesamte Beförderungs- und Berufungsverfahren des Wissenschaftsbetriebs auf den Prüfstand, sowie die häufigen Begünstigungen aufgrund von Namen und Institut; evaluiert werden müssen Forschungsgebiete, das Gutachterwesen, die Verfahren zur Entscheidungen über die Bewilligung von Fördergeldern, sowohl

¹Volker Jentsch, Holger Kantz, Sergio Albeverio, Extreme events: Magic, Mysteries, and Challenges, in Extreme events in nature and society, Springer Verlag, 2005.

in der EU, als auch dem Bund und den Ländern.

4 Verkehr

Die Streichung genereller Geschwindigkeitsbegrenzung im KV ist ein Widerspruch in sich, konträr zum Bekenntnis von Klima schonenden Maßnahmen, die den KV bevölkern. Dabei ist ein anderer, erzieherischer Aspekt aus meiner Sicht viel wichtiger als die bloße Einsparung von Klima- und Gesundheitsrelevanten Stoffen. Geschwindigkeitsbeschränkung ist eine Vorübung für die Änderung der Lebensgewohnheiten, die erforderlich ist, um mit neuen Umweltbedingungen zurecht zu kommen. Außerdem: Vier unbedeutende Zeilen zum Fahrrad- und Fußgängerverkehr, das ist viel zu wenig angesichts der Bedeutung des Themas. Auch vermisste ich Vorschläge für die Entwicklung der modernen Stadt. Das sind schwerwiegende Versäumnisse, die den Regierenden recht bald auf die Füße fallen werden.

5 Wachstum

Das Wachsen der Wirtschaft hat über Jahrzehnte Wohlstand und Innovation ermöglicht. Aber die Zeiten haben sich geändert. Krisen, natürliche und vom Menschen herbeigeführte, werden bedrohlicher. Wie sieht eine Volkswirtschaft aus, die diesen Herausforderungen standhält? Eine Reihe von namhaften Ökonomen ist sich einig: das geht nur mit der Begrenzung des Wachstums, Schrumpfung nicht ausgeschlossen: Reduktion des Verbrauchs an Rohstoffen und Energie, Verknappung, wenn nicht Verbot, von Waren, die Klima- und Gesundheit gefährden. Die Debatte über die Zukunft des gesellschaftlichen Produzierens und Konsumierens ist in vollem Gang, die Wende von Quantität zu Qualität wird immer dringlicher. Denn eines ist doch klar: quantitatives Wachstum verschärft die Klimakrise und vertieft die Ungleichheit in der Gesellschaft.

Auf Klimaschutz stößt man an allen Ecken und Enden des KV; dagegen bleibt das Problem des Wachstums, dessen nächster Nachbarn, im Verborgenen. Für mich ist das ein schwerwiegender Mangel, der das Vorhaben der Koalition, neue Wege zu gehen, ernsthaft in Frage stellt.

6 Kirchen

Erschreckend ist die großräumige sexuelle Gewalt in den Kirchen. Mindestens ebenso erschreckend ist, dass im KV den Untaten mit Milde begegnet wird. Die Aufarbeitung soll begleitet und aktiv gefördert werden; *wenn erforderlich*, sollen auch gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Wenn erforderlich! Wer hatte da wohl seine Hand im Spiel? Allerdings kommt die Milde nicht überraschend.

Blättert man zurück, gibt es im KV viel Lob für die Kirchen und Religionen. Andererseits – die Sterbehilfe wird wieder zur Abstimmung gestellt, was den Kirchen nicht gefallen dürfte. Da könnte sich etwas ändern und denjenigen geholfen werden, die seit Jahren ein Sterben in Würde fordern. Auch zu Ehe und Familie gibt es manches, was den Kirchen nicht passen dürfte. Also Zuckerbrot und Peitsche – das Instrumentarium des gewieften Taktikers. Wer erfolgreich Politik betreiben will, dem sei die Lektüre des KV zur Pflicht gemacht.

7 Zusammengefasst

Der KV beschreibt Vorhaben, die den Staat effizienter, liberaler, fortschrittlicher und etwas sozialer machen, unter der Randbedingung, dass diese mit den weltweit vereinbarten Klimazielen verträglich sind. Es fehlen auf dem 177 Seiten starken Koalitionsvertrag aus meiner Sicht eine Reihe von Vorhaben:

- Stärkung der Demokratie,
- Verträglichkeit der "Digitalisierung",
- Alternativen zur Wachstums-Ideologie,
- Reform im Bereich von Wissenschaft und Forschung,
- zukunftsfähige Verkehrs- und Stadtmodelle.

Allerdings sollten wir nicht zu viel verlangen. Hat doch die Koalition festgelegt, dass Fortschritt eben nur gewagt wird. Das Wagnis hat einen beträchtlichen Zeithorizont: angesichts der ins Rampenlicht gerückten Freundschaft der Protagonisten dürfte die Ampel, wenn nicht Unvorhersehbares passiert, nicht vier, sondern mindestens acht Jahre blinken.

Anmerkung: Um den Vertrag einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, sollten die zahlreichen Abkürzungen, Anglizismen und bürokratische Bandwürmer in einem Anhang erläutert werden.